

Ressort: Politik

Flüchtlingsrecht: FDP-Politiker Stamp kündigt Bundesrats-Vorstoß an

Düsseldorf, 05.08.2017, 16:26 Uhr

GDN - Die FDP will ihre Regierungsbeteiligung im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen nutzen, um in den kommenden Jahren durchgreifende Änderungen in der Flüchtlingsrecht herbeizuführen. "Im Zusammenspiel von Bund und Ländern wollen wir ein konsistentes Einwanderungsrecht schaffen, nach Möglichkeit in einem eigenen Einwanderungsgesetzbuch", sagte der nordrhein-westfälische Integrationsminister Joachim Stamp der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

Für integrierte, wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehende und seit langem in Deutschland lebende Flüchtlinge forderte er ein "stichtagsunabhängiges dauerhaftes Aufenthaltsrecht". Wer die Kriterien des Einwanderungsgesetzes erfülle, solle künftig "den Rechtskreis vom vorübergehenden humanitären Schutz zum Einwanderungsrecht wechseln und dauerhaft bleiben können". Aus volkswirtschaftlicher Sicht sei es "irre, solche Leute abzuschieben, die gut integriert sind und Steuern zahlen", sagte Stamp weiter. Die schwarz-gelbe Landesregierung will nach der Bundestagswahl im Bundesrat die Initiative ergreifen, um Änderungen auf den Weg zu bringen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-92947/fluechtlingsrecht-fdp-politiker-stamp-kuendigt-bundesrats-vorstoss-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com